

U.D., 28.02.2014

Windräder „nicht mithilfe der Polizei“

REDAKTIONS-BESUCH Ministerpräsident Volker Bouffier: Schwarz-Grün ist zukunftsfähig / Wahlfreiheit bei G8/G9

Von Astrid Knöb

GIESSEN. Ministerpräsident Volker Bouffier führt die erste schwarz-grüne Koalition in einem Flächenland an. Sondierungen gab es bekanntlich auch mit der SPD. Bouffier: „Im Ergebnis halten wir die jetzige Konstellation aber für zukunftsfähiger.“ Da er immer für die Rente mit 67 eingetreten sei, werde er bis zum Ende der Legislaturperiode im Amt bleiben, sagt er beim Redaktionsbesuch. Und er fügt augenzwinkernd hinzu: „Alleine schon deshalb, weil es zu Hause sonst größte Unruhe auslösen würde. Ich würde stören.“

Interview

mit Volker Bouffier (CDU)
Ministerpräsident des Landes Hessen

Eine breite Mehrheit der Bevölkerung ist für die Energiewende. Auf der anderen Seite aber formiert sich zunehmend Widerstand gegen Windkraftanlagen oder Stromtrassen. Will die Koalition ihre Energieziele umsetzen, ist noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten.

Bouffier: Das ist so. Mit dem hessischen Energiegipfel, den ich einberufen hatte, haben wir allerdings ein Fundament, das wir gemeinsam erarbeitet haben. Wir haben seinerzeit unter anderem die Entscheidung getroffen, dass wir zwei Prozent der Landesflächen zu Vorrangflächen für Windkraft erklären wollen. Wo beginnt jetzt der Einfluss des Landes? Zunächst über unsere Fachbehörden etwa in den Regierungspräsidien, die bei der Feststellung geeigneter Fläche darauf zu achten haben, welche Interessengegensätze auszugleichen sind. Dann kommt als Nächstes die kommunale Seite. Denn man wird von Wiesbaden aus über 425 Städte und Gemeinden keine Akzeptanz für etwas herbeiführen können. Man muss mit den Leuten vor Ort sprechen. Es gibt dann die Chance, dass eine Gemeinschaft vor Ort ein Interesse am Bau solcher Anlagen hat. Dafür gibt es auch jetzt schon Beispiele. Die Sache wird aber dann schwierig, wenn die Rechnung über Förderungen und Erträge nicht

mehr aufgeht. Dann ist das Eigeninteresse der Kommune weg. Und das ist dann wieder eine Frage, die Bund und Länder gemeinsam zu entscheiden haben. Wir werden viel Überzeugungsarbeit durch Offenheit leisten müssen. Das ist unsere Bringschuld. Natürlich werden wir nicht alle Menschen überzeugen. Und dann müssen wir halt schauen, dass wir die Belastungen verteilen, nicht zu viele Anlagen in einer Ecke konzentrieren.

Das kann bedeuten, dass das Ziel, auf zwei Prozent der Landesflächen Windkraftanlagen zu bauen, nicht realisiert werden kann?

Bouffier: Wir bleiben bei unserem Ziel, aber Sie werden es wahrscheinlich auch nicht für klug halten, dass wir Windkraftanlagen mithilfe der Bereitschaftspolizei aufstellen. Gelegentlich gibt es Zielkonflikte, die man versuchen muss aufzulösen.